Vfg.

AZ: -40- ba-ta/Frau Bartelheimer

1.

Drucksache Nr.: 1079/2008/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Schul-, Kultur- und Sportaus- schuss	22.11.2012	Ö	Vorberatung
Hauptausschuss	27.11.2012	Ö	Kenntnisnahme
Ratsversammlung	11.12.2012	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Dr. Tauras/Erster
Stadtrat Humpe-Waßmuth

Verhandlungsgegenstand:

**Schulentwicklungsplanung (SEP);
hier: Weiterentwicklung der Grund-
und Regionalschule Einfeld zu einer
Grund- und Gemeinschaftsschule**

A n t r a g :

Der Weiterentwicklung der Grund- und Re-
gionalschule Einfeld zu einer Grund- und
Gemeinschaftsschule ohne gymnasiale
Oberstufe wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Begründung:

Gemäß Beschluss der Schulkonferenz der Grund- und Regionalschule Einfeld vom 30.10.2012 möchten das Kollegium, die Eltern- und die Schülerschaft die Schule zum Schuljahresbeginn 2013/2014 zu einer Grund- und Gemeinschaftsschule weiterentwickeln.

Grundlage ist das von der Schule erarbeitete pädagogische Konzept (siehe Anlage 1), dem die Schulkonferenz ebenfalls am 30.10.2012 zugestimmt hat, und das mit der Unteren Schulaufsichtsbehörde abgestimmt wurde.

Bei der Entscheidung über die zukünftige Schulart der jetzigen Grund- und Regionalschule Einfeld sind aus Sicht der Verwaltung folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Zukünftige Schulstrukturen in Neumünster

Der aktuell vorgelegten Schulentwicklungsplanung 2012 ist zu entnehmen, dass neben der insgesamt weiterhin sinkenden Schülerzahlenentwicklung ein wesentlicher Aspekt die ständig abnehmende Nachfrage nach Regionalschulplätzen ist, der für zukunftsorientierte Planungen nicht außer Acht gelassen werden darf.

Gleichzeitig geben die Anmelde- und Aufnahmezahlen der weiterführenden Schulen darüber Auskunft, dass die Nachfrage nach Gemeinschaftsschulplätzen die derzeitigen Aufnahmekapazitäten übersteigt. Nur unter größten Anstrengungen ist es in der Vergangenheit gelungen, der gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen, Neumünsteraner Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz in der von den Eltern gewünschten Schulart Gemeinschaftsschule in der letzten Phase des Aufnahmeverfahrens zuzuweisen.

Durch die Weiterentwicklung der Grund- und Regionalschule Einfeld zu einer Gemeinschaftsschule würden zum Schuljahresbeginn 2013/2014 ca. 45 bis 50 zusätzliche Gemeinschaftsschulplätze geschaffen, die deutlich zu einer Entspannung der Nachfragesituation in dieser Schulart beitragen könnten.

2. Definition der Gemeinschaftsschule lt. Schulgesetz

Gemäß § 43 Abs. 1 des Schulgesetzes können in der Gemeinschaftsschule Abschlüsse der Sekundarstufe I in einem gemeinsamen Bildungsgang ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schularten erreicht werden. Den unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler kann sowohl durch Unterricht in binnendifferenzierender Form als auch durch Unterricht in nach Leistungsfähigkeit und Neigung der Schülerinnen und Schüler differenzierten Lerngruppen sowie in abschlussbezogenen Klassenverbänden entsprochen werden. Wie die innere und äußere Differenzierung im Einzelnen gestaltet wird, regelt jede Schule im Rahmen ihres zu erarbeitenden pädagogischen Konzeptes. An einer Gemeinschaftsschule ohne gymnasiale Oberstufe können der Hauptschulabschluss, der mittlere Abschluss und die Befähigung für die gymnasiale Oberstufe erworben werden.

Grundsätzlich ist die Gemeinschaftsschule eine offene Ganztagschule, die in der Regel die Jahrgänge 5 bis 10 umfasst. Die Schule kann aber auch mit einer Grundschule organisatorisch verbunden sein.

Gemäß Mindestgrößenverordnung des Landes gilt für Gemeinschaftsschulen eine Mindestgröße von 300 Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe I.

3. Verfahren bei der Entstehung von Gemeinschaftsschulen

Gemäß § 43 Abs. 3 des Schulgesetzes entstehen Gemeinschaftsschulen auf Antrag der Schulträger durch die Verbindung von Schulen verschiedener Schularten oder

durch eine Schulartänderung auf der Grundlage eines von den Schulen zu erarbeitenden pädagogischen Konzeptes.

Es ist beabsichtigt, unmittelbar nach der entsprechenden Beschlussfassung zu der Weiterentwicklung der Schule einen Antrag auf Genehmigung als Grund- und Gemeinschaftsschule beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft zu stellen.

Die gemäß § 63 Abs. 2 Nr. 2 des Schulgesetzes vorgeschriebene Anhörung der Schulkonferenz ist im vorliegenden Fall entbehrlich, da die Schulkonferenz ihre Zustimmung bereits am 30.10.2012 erteilt hat.

4. Schülerzahlenentwicklung

Die derzeitige Grund- und Regionalschule Einfeld hat als umfassendes Bildungsangebot eine wichtige Versorgungsfunktion im nördlichen Raum Neumünsters. Es ist davon auszugehen, dass dieser Standort sich unabhängig von der Schulart in ähnlicher Weise weiterentwickeln wird wie bisher. Neben der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus der unmittelbaren Umgebung der Schule bieten die räumlichen Voraussetzungen des Standortes die Möglichkeit, eine auf den Gesamtbereich Neumünsters bezogene Bedarfsabdeckung an Gemeinschaftsschulplätzen zu unterstützen. Dabei sind durchaus nicht nur die Eingangsklassen, sondern auch die Jahrgänge nach der Orientierungsstufe zu betrachten, um dringend benötigte Kapazitäten für die Aufnahme von aus den Gymnasien zurückkommenden Schülerinnen und Schülern vorhalten zu können.

5. Finanzielle Auswirkungen

Nach den Bestimmungen des Schulgesetzes sollen Gemeinschaftsschulen in der Regel als offene Ganztagschulen geführt werden. Die Grund- und Regionalschule Einfeld bietet bereits seit dem Schuljahr 2010/2011 ein offenes Ganztagschulangebot für die 3. bis 7. Jahrgänge an, das pro Schuljahr weiter aufwächst. Die dafür benötigten Räumlichkeiten sind im Schulzentrum Einfeld sowie im Jugendfreizeithaus Einfeld vorhanden. Spätestens ab Februar 2013 wird für die Mittagsverpflegung die neu errichtete Mensa im Schulzentrum Einfeld allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen.

Da für die Weiterentwicklung zur Grund- und Gemeinschaftsschule keine weiteren baulichen Maßnahmen notwendig sind, sind mit dem gewünschten Wechsel der Schulart keine finanziellen Auswirkungen verbunden.

Im Auftrage

Dr. Olaf Tauras
Oberbürgermeister

Günter Humpe-Waßmuth
Erster Stadtrat

Anlage

2. Z. Vorg.